Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatl. M. 15000 und Bestellgebühren; Ausland M. 32000 mit Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höhere Gewalt schließt Erfüllung aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernsprecher Ortsgespräche Sammel-Nr.: 70811, Ferngespräche 17091-17092); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- u. Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Einsp. 24 mm br. mm-Zeile M. 1000 usw. Inserat M. 1750. Sonderpreise: Familienanz. v. Priv. mm-Zeile M. 375, Gelegenheitsanz. (priv. Natur) u. Stellenangeb., mm Zeile M. 450, Stellengef. mm-Zeile M. 350, amtl. Bekanntm. Doppel mm-Zeile M. 2100, usw. M. 3600, Reklame mm-Zeile M. 6000, usw. M. 9000. Auslandsanz. m. Valutaaufschl. Bei Wiederh. Nachlaß. Platz- u. Datenvorsch. unverbindl. Erfüll.-Ort Leipzig. Postscheckk. Leipzig 3004

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 169 | Einzelnummer 1500 Mark | Donnerstag, den 19. Juli 1923 | Fern-Ausgabe | 117. Jahrg.

Sèvres und Lausanne

H. E. K. Leipzig, 18. Juli

Reichlich lang hat die Lausanner Konferenz gedauert, bis nun endlich, nach acht Monaten der Verhandlungen, doch noch ein Abkommen getroffen worden ist, das den Frieden im Orient wiederherstellen soll. Vor genau zehn Jahren, nach dem Tripoliskrieg, kehrten schon einmal türkische Friedensdelegierte aus Lausanne nach Konstantinopel heim mit einem Vertrag, der den Anfang des Zerfalls des ottomanischen Sultanats bedeutete. Seitdem blieb das türkische Herr unter Waffen, verteidigte seine Heimat bald auf dem Balkan, bald in Kleinasien, am Suezkanal und im fernen Mesopotamien. Und nun kehrt wieder eine türkische Delegation mit einem Friedensvertrag aus Lausanne nach dem Bosporus zurück, aber mit einem Vertrag, dessen Vorgeschichte den Beweis für die bewundernswerte Widerstandskraft unserer ehemaligen Bundesgenossen erbringt.

Es war ein kühnes Unterfangen, als der junge Hauptmann Mustapha Kemal Pascha nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte mit wenigen zielbewußten Leuten sich in das Innere Anatoliens zurückzog, um hier der Gewalt der Alliierten zu trotzen. Wenn auch der Sultan und seine Regierung in Konstantinopel dem Druck der Ententebesatzung sich beugen und dem Friedensdiktat von Sèvres zustimmen mußten, so verstand es doch die Neben- oder richtiger Hauptregierung, die sich in Angora unter Mustapha Kemal konstituiert hatte, sich mehr und mehr Einfluß zu verschaffen. Nur zu bald erkannte die Entente, daß diejenigen, die sich ihren Interessen in Angora entgegenzustellen suchten, mehr als bloße Rebellen waren. Aber so groß auch die Interessen der alliierten Großmächte waren, die dadurch bedroht wurden, so wäre ein militärisches Vorgehen der Entente in Anatolien wenig erfolgversprechend gewesen. Ein Krieg, dem schwer ein Zug von Popularität hätte verliehen werden können, war für die Westmächte angesichts der Kriegsmüdigkeit, die auch in den Siegerstaaten Platz gegriffen hatte, so gut wie unmöglich, ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten, mit denen man in Anatolien zu rechnen hatte. Anders lagen die Dinge für Griechenland, das an der kleinasiatischen Küste starke, durch umfangreiche griechische Ansiedelungen vertretene Interessen hat und sich die Gelegenheit, sich einen weiteren Beuteanteil aus dem Weltkriege zu sichern, nicht entgehen lassen wollte. Der gegen den Widerspruch der Entente nach Athen zurückgekehrte König Konstantin suchte sich ihre und seines Volkes Sympathien zu erwerben, indem er gegen die Angora-Regierung zu Felde zog. Und die alliierten Regierungen ließen es in der Tat geschehen, daß von neuem Tausende von Menschen hingemordet wurden. Der griechische Vormarsch hatte aber auch in der Türkei eine Hochflut nationaler Begeisterung hervorgerufen, und Mustapha Kemal konnte an der Spitze der ihn in jeder Beziehung unterstützenden Angora-Regierung ein ansehnliches Heer aufstellen, das dem griechischen in nichts nachstand. Wie immer, wenn sich Griechenland im Kampfe der Türkei allein gegenüber sah, so zog es auch diesmal den kürzeren und wurde ebenso leicht wie gründlich geschlagen. Inwieweit auch hier die Rivalität der Großmächte eine Rolle spielte, indem sie teils die Griechen, teils aber auch die Türken mit Kriegsmaterial versahen, kann hier unerörtert bleiben.

Die Niederlage, die den Angreifer in wilder Flucht nach Europa zurückwarf und den König Konstantin vom Throne stürzte, war größer, als es den Alliierten lieb sein konnte. Das zeigte sich schon am 21. November 1922, als die alliierten, griechischen und türkischen Delegierten in Lausanne zur ersten Sitzung der Friedenskonferenz zusammenkamen. Alle Beteiligten traten als Sieger auf und stellten entsprechende Forderungen, selbst Griechenland, das noch von dem Ententesieg von 1918 profitieren zu können glaubte. Die Angora-Regierung aber dehnte ihren Waffenerfolg auch auf die Alliierten aus, indem sie die Revision des Vertrages von Sèvres forderte, dem sie niemals zugestimmt hatte. Als sie sich von Konstantinopel lossagte, war ja gerade ihr letztes Ziel gewesen, das Diktat von Sèvres zu beseitigen und das türkische Volk von dem Joch der Sieger im Weltkriege zu befreien. Allerdings kamen den Angora-Leuten die Interessengegensätze der Alliierten zugute, deren Regierungen sich abwechselnd um die Gunst der Türken bewarben, um irgendwelche wirtschaftlichen Vorteile zu ergattern. Aber die Angora-Türken hätten trotzdem ihr Ziel nicht vollständig erreicht, wenn sie nicht die jeweiligen Situationen diplomatisch äußerst geschickt für sich auszunutzen verstanden hätten. In der Nationalversammlung von Angora waren Köpfe vereinigt, mit denen sich die Regierung in Konstantinopel nicht zu messen vermochte. Der Sultan und seine Getreuen verloren mehr und mehr die Fühlung mit dem türkischen Volke, und das Ende des Sultanats war besiegelt, schon lange bevor der Sultan geflohen und sein Kabinett gestürzt war. Mit dem Ende des Sultanats aber hatte auch jede Verbindung der Türkei mit dem Vertrag von Sèvres aufgehört. In der Erkenntnis, daß ein Friedensschluß zustande kommen mußte, um die Ordnung im Orient wieder herzustellen, sahen sich die Alliierten zur Revision des ursprünglichen Friedensvertrages gezwungen. Die Lausanner Verhandlungen waren äußerst schwer, wovon nicht allein die Länge der Konferenz Zeugnis ablegt. Wiederholt prophezeite man den Wiederbeginn des Krieges, und einmal mußte die Konferenz sogar für mehrere Wochen unterbrochen werden. Inzwischen arbeitete die Zeit für die Angora-Türken. Selbst Griechenland, das sich von einer längeren Beratung nichts mehr versprechen konnte, drängte zum Abschluß, während die Alliierten mit Markten und Feilschen noch soviel an Konzessionen für sich herauszuschlagen suchten, als nur möglich war.

Auf jeden Fall hat der Lausanner Frieden, der schließlich zustande kam, das Werk von Sèvres völlig zertrümmert. Und darin liegt auch für uns die hauptsächliche Bedeutung der Lausanner Konferenz und ihres Ergebnisses. Dem zähen Willen des in der Nationalversammlung von Angora in der wirksamsten Weise vertretenen Volkes — was meinen dazu alle die Schwätzer, die dem parlamentarischen System so viel Schlimmes nachzusagen haben? — ist es gelungen, den Siegern und aller Welt die Erkenntnis beizubringen, daß der Friedensvertrag von Sèvres nicht nur nicht die unantastbare Grundlage der Ordnung war, als die die Sieger ihre Diktate hinstellen möchten, sondern daß ganz im Gegenteil die Zerreißung jenes Vertrages nötig war, um Wiederherstellung der Ordnung zu ermöglichen. Kein Zweifel, daß dies von der größten Bedeutung für alle Besiegten und mit den Diktaten der Gewalt Belasteten ist.

Zucker auf Reparationskonto?

Eine Streitfrage vor der Reparationskommission

Paris, 18. Juli. Die Reparationskommission wird heute die Erklärungen der deutschen Kriegslastenkommission zu der Frage entgegennehmen, ob Deutschland auf Grund des § 19 im Anhang 2 zum Abschnitt VIII des Friedensvertrages verpflichtet ist, Zucker auf Reparationskonto zu liefern. Dieser Paragraph ist durch Beschluß der Alliierten vom 5. Mai 1921 nachträglich in den Friedensvertrag eingefügt worden und sieht vor, daß Deutschland auf Verlangen die Arbeitskräfte zu stellen und Materialien zu liefern hat, die jedes der alliierten Länder nach vorheriger Zustimmung der Reparationskommission anfordert, sei es zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete oder zur Entwickelung ihres Industrie- oder Wirtschaftslebens. Auf Grund dieser Bestimmungen haben Frankreich und Italien von Deutschland Zuckerlieferungen verlangt. Der deutsche Standpunkt ist, daß Zucker nicht unter die Kategorie der im § 19 erwähnten Materialien und Arbeitskräfte falle. Ueber den weiteren von Deutschland erhobenen Einwand, daß wegen der Besetzung des Ruhrgebietes Deutschland überhaupt nicht verpflichtet sei, an Frankreich Sachlieferungen zu leisten, wird sich die Reparationskommission nach dem Tempo hinwegsetzen und die Kriegslastenkommission in diesem Sinne überhaupt keine Ausführungen gestatten.

Nach dem Friedensvertrage ist für die Entscheidung die Reparationskommission zuständig. Der Beschluß muß einstimmig gefaßt werden. Indessen liegt eine Bestimmung des Obersten Rates vom 13. August 1921 vor, daß bei Meinungsverschiedenheiten in Auslegungsfragen durch einstimmigen Beschluß der Reparationskommission die Entscheidung eines Schiedsgerichts angerufen werden kann, das entweder einstimmig von der Reparationskommission selbst oder vom Völkerbund ernannt wird, dessen Entscheidung für sämtliche Beteiligten bindend ist.

Der Stadt Recklinghausen ist aus unbekannten Gründen eine innerhalb 20 Tagen zu zahlende Geldbuße von 700 Millionen Mark auferlegt worden.

Vierfache Eisenbahntarife

Gewaltige Tariferhöhungen vom Reichseisenbahnrat beschlossen

Berlin, 18. Juli. (Eig. Tel.) Der Reichseisenbahnrat hat heute über die neue Tariferhöhung der Reichseisenbahn zum 1. August beraten. Von der Reichsbahnverwaltung war folgender Satz vorgeschlagen worden: für den Personenverkehr I. und II. Klasse eine Erhöhung von 300 Prozent, III. und IV. Klasse 250 Prozent. Die Gütertarife sollen um 150 Prozent erhöht werden. Begründet werden diese neuen enormen Steigerungen damit, daß diesmal zum ersten Male die Ruhrschäden der Reichsbahn einkalkuliert sind, und zwar in die Tarife I. und II. Klasse mit 100 Prozent, in die Tarife III. und IV. Klasse mit 50 Prozent und in die Gütertarife mit 25 Prozent. Die wirtschaftlichen Interessen sollen soweit wie möglich durch Spezialisierung der Tarife berücksichtigt werden. Der Ausschuß des Eisenbahnrats nahm diese Vorschläge mit Stimmenmehrheit an. Eingehend erörtert wurde auch die Frage der Einführung wertbeständiger Tarife, die voraussichtlich schon zum 1. September eingeführt werden dürften.

Erhöhte Auslandspostgebühren

Berlin, 18. Juli. Zu den bereits gemachten Angaben über die am 1. August in Kraft tretende Erhöhung der Postgebühren ist noch nachzutragen, daß die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen und Postanweisungen mit geringen Einschränkungen auch nach dem Saargebiet, dem Gebiet der Freien Stadt Danzig, nach Luxemburg, nach dem Memelgebiet und nach Oesterreich gelten.

Die Auslandsgebühren betragen für Postkarten 1800 Mark, jedoch nach Ungarn und der Tschechoslowaei 1500 Mark, für Briefe bis 20 Gramm 3000 Mark, für jede weiteren 20 Gramm (Meistgewicht 2 Kilogramm) 1500 Mark, jedoch nach Ungarn und der Tschechoslowakei 2400 Mark resp. je 1500 Mark mehr, für Drucksachen für je 50 Gramm 600 Mark, für Geschäftspapiere für je 50 Gramm 600, mindestens 3000 Mark, für Warenproben für je 50 Gramm 600, mindestens 1200 Mark. Die Eilzustellgebühr für Briefsendungen beträgt 6000, die Einschreibegebühr 1000 Mark.

Um die wertbeständigen Löhne

Berlin, 18. Juli. Im Reichsarbeitsministerium war gestern eine Besprechung über die Richtlinien, die das Reichsarbeitsministerium den Schlichtungsausschüssen und den Demobilmachungsstellen zur Regelung der Wertbeständigkeit der Löhne zu unterbreiten gedenkt. Die Arbeitnehmer aller Richtungen begründeten im einzelnen ihre Stellungnahme. Das Reichsarbeitsministerium wird heute die Aeußerungen der Unternehmer entgegennehmen und dann sofort die Anweisung an die Schlichtungsausschüsse ergehen lassen.

*

Die Arbeiterschaft der Metallindustrie in Ratibor hat beschlossen, nachdem die geforderten Lohnerhöhungen von den Arbeitgebern nicht bewilligt worden sind, die Arbeit niederzulegen. Der Streik hat bereits eingesetzt.

Die Nationalisten beschweren sich

München, 18. Juli. (Eig. Tel.) Heute vormittag sind die Vertreter der Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayern und außerdem die deutschböhmischen Abgeordneten Jung und Knirsch beim Polizeipräsidenten und beim Ministerpräsidenten wegen der nationalsozialistischen Vorfälle vorstellig geworden. Ueber den Inhalt der Unterredung verlautet, daß versäumt war, daß die Polizeiorgane nicht genügend instruiert waren, die Abzeichen vieler österreichischer Turner seien von den Hakenkreuzerlaß nicht betroffen worden. Ferner seien die auswärtigen Turner von dem Verbot des Tragens politischer Abzeichen nicht unterrichtet gewesen. Außerdem soll der sonst übliche dreimalige Anruf durch die Polizei nicht erfolgt sein. Ein Oberleutnant der grünen Polizei soll, trotzdem er sich als solcher ausgewiesen habe, gleichfalls in den Konflikt mit den Polizeiorganen hineingeraten sein.

Reichswehrblock Roßbach

Berlin, 18. Juli. (Eig. Tel.) Die Untersuchung über den Reichswehrblock Roßbach in Magdeburg hat, wie vom Reichswehrministerium mitgeteilt wird, zu folgendem Ergebnis geführt: Im März versuchte Roßbach Einfluß auf die Magdeburger Reichswehr zu gewinnen. Er wußte eine Besprechung mit drei Offizieren und mehreren Unteroffizieren und Mannschaften der Reichswehr herbeizuführen, bei der aber die Offiziere seine Annäherungsversuche scharf abwiesen, ihren Vorgesetzten davon Meldung machten und den Unteroffizieren und Mannschaften jede fernere Beziehung zu Roßbach verboten. Sein einziger Erfolg war, daß einer seiner persönlichen Freunde, der 19jährige Kraftfahrer Riehl, insgeheim zur Verbreitung völkischen Geistes im Heere den Reichswehrblock Roßbach gründete, dem er auch eine Fehme anschloß. Der Block umfaßte noch vier Kraftfahrer und einen Oberfähnrich; ihn weiter zu verbreiten, ist Riehl nicht geglückt. Der Block blieb eine auf sechs Personen beschränkte, völlig einflußlose, politische Spielerei. Die örtliche Befehlsstelle der Reichswehr, die noch keine gesetzliche Handhabe zum Einschreiten gegen Roßbach besaß, die aber die nationalsozialistische Bewegung nach seinem ersten Auftreten in Magdeburg mit besonderem Nachdruck verfolgte, war bald auf Riehl aufmerksam geworden. Er wurde zur fristlosen Entlassung eingereicht. Als Riehl von der Polizei festgenommen wurde, waren die ihm durch Einbruch entwendeten Satzungen des Reichswehrblockes schon in mehreren Zeitungen erschienen.

Eine Spur von Ehrhardt

Die Flüchtigen in Zwickau gesehen

Leipzig, 18. Juli. Von der Leipziger Polizei erfahren wir, daß jetzt Anhaltspunkte dafür bestehen, daß Ehrhardt nach Süden geflüchtet ist. Am Sonnabend nachmittag um 6 Uhr wurde das jetzt bekannte Auto mit drei Insassen in Zwickau beobachtet. Das Auto machte in der Stadt halt und die Insassen nahmen in einem Restaurant einen Imbiß ein. Hernach ging die Fahrt in südlicher Richtung auf der Straße nach Reichenbach weiter. Ehrhardt scheint also nach Bayern geflohen zu sein.

Vom Oberreichsanwalt wurde nunmehr ein zweiter Steckbrief gegen den Flüchtigen erlassen. Er enthält die genaue Beschreibung des Autos und ein neues Bild Ehrhardts. Man weiß jetzt ziemlich genau, daß der zur Flucht benutzte Wagen die Nummer I. M 5985 gehabt hat.

Der Ehrhardt-Prozeß ist vorläufig noch nicht vertagt. Da aber von den Angeklagten nur gegen die in Oberbayern verhaftete und nach Leipzig transportierte Prinzessin Hohenlohe verhandelt werden kann, ist mit großer Wahrscheinlichkeit eine Vertagung des Termins zu erwarten.

*

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Die Regierung ist zur Zeit nicht in der Lage, über ihre Maßnahmen und den Gang der Untersuchung bezüglich der Flucht Ehrhardts der Oeffentlichkeit Mitteilung zu machen, weil dadurch der Untersuchungszweck gefährdet werden würde. Sobald das nicht mehr der Fall ist, wird die Oeffentlichkeit sofort und so umfassend wie möglich unterrichtet werden.

Eine polizeiliche Warnung

Die Polizei teilt uns mit:

Wie festgestellt wurde, sind die Veröffentlichungen zur Ergreifung Ehrhardts, die der Oberreichsanwalt an den Plakattafeln und -säulen hat anbringen lassen, in vielen Fällen beschädigt, insbesondere die Abbildungen des Flüchtigen unkenntlich gemacht worden. Offenbar ist dies des Nachts geschehen. Das Publikum wird darauf hingewiesen, daß das Abreißen des Steckbriefes oder das Unkenntlichmachen der Bilder Ehrhardts als eine Begünstigung der Flucht anzusehen ist, die strafrechtlich verfolgt werden wird. Verdächtige dieser Straftat übergebe man beim Betreffen sofort dem nächsten Polizeibeamten.

Ein Helfer in Berlin verhaftet

Berlin, 18. Juli. (Eig. Tel.) Wie die politische Polizei des Berliner Polizeipräsidiums mitteilt, ist heute vormittag in Berlin ein junger Mann verhaftet worden, der im dringenden Verdacht steht, die Flucht Ehrhardts begünstigt zu haben. Ueber seine Personalien kann im Interesse der weiteren Nachforschung nichts weiter gesagt werden.

Amerikanischer Geldmarkt

Sonderkabel des L. T.

	Vorbörse 18.	Parität 18.		Vorbörse 18.	Parität 18.
Berlin	0.0004	250000	Zürich	17.49	43725
London	459.62	1149059	Amsterd.	19.22	48050
Paris	586.25	14656	Prag	299.50	7488
Mailand	430.76	10769	Christ.	—,—	—